

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 26 (1947)
Heft: 3

Artikel: Kann Österreich leben?
Autor: Meth, Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335684>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialistische Monatsschrift

ROTE REVUE

26. Jahrgang

MÄRZ 1947

Heft 3

JAKOB METH

Kann Österreich leben?

Die Welt ist sich im allgemeinen nicht klar darüber, was die Hilfe der UNRRA für Europa, ganz besonders aber für Österreich, bedeutet hat. Eine Katastrophe von unvorstellbarem Ausmaß wurde durch diese Hilfe abgewehrt. Viele Millionen Menschen wurden buchstäblich vor dem Verhungern gerettet. Die Lebensmittelrationen sind in Österreich derzeit auf 1550 Kalorien täglich begrenzt (bis November 1946 waren es 1200 Kalorien). Sie liegen unter dem Existenzminimum. Kein Mensch könnte sich mit dieser Ration gesund und arbeitsfähig erhalten. In der Hauptsache besteht die Nahrung aus sandigem Brot und Kartoffeln. Aber vier Fünftel aller Lebensmittel, die notwendig waren, um diese geringe Ration auszuteilen, mußten von der UNRRA geliefert werden. Der Krieg und die deutsche Okkupation hatten das Land aller Möglichkeiten, die Produktion von Nahrung und Gebrauchswaren wieder in Gang zu bringen, beraubt. Die Landwirtschaft hatte kein Saatgut, keine Geräte, keine Maschinen; die Fabriken kein Material, keine Transportmittel, keine Kohle; die Spitäler keine Medikamente und keine medizinischen Hilfsmittel. Als die UNRRA im April 1946 ihre Tätigkeit in Österreich begann, war der Nahrungswert der Rationen in manchen Teilen Österreichs auf 900 Kalorien täglich gesunken. Ohne die Hilfe der UNRRA hätten ganz unvorstellbare Zustände eintreten müssen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten hat die UNRRA geholfen. Nicht nur mit Nahrung, auch mit Medikamenten, mit Kohle, mit landwirtschaftlichen Maschinen, mit Metallen und Material für die Industrie. 1300 Lastautos, 68 000 Tonnen Braunkohle, für 8 Millionen Dollar Metalle und Material hat die UNRRA zur Verfügung gestellt. So groß auch diese Leistung war und so unschätzbar ihr Wert, so hat diese Hilfe doch nur ausgereicht, um das Leben der sechs

Millionen Menschen in der primitivsten Form aufrechtzuerhalten. Am 31. Dezember 1946 mußte die UNRRA ihre Tätigkeit in Österreich abschließen. Sie hat dabei eine Bilanz über die Verhältnisse in Österreich aufgestellt. Die Vorräte an Lebensmitteln reichten für eine Ration von 1550 Kalorien täglich nur bis Mitte Februar. Inzwischen haben die Alliierten aus ihren Beständen Vorräte freigegeben und jede Woche soviel zur Verfügung gestellt, daß die Rationen einigermaßen weiter verteilt werden konnten. Um die derzeitigen Rationen auch weiterhin verteilen zu können, müssen im Jahre 1947 Lebensmittel für 125 Millionen Dollar eingeführt werden. Um die Industrie für den dringendsten Bedarf in Gang zu bringen, sind für 30 Millionen Dollar Brennstoffe und für 70 Millionen Dollar Textilrohstoffe, Chemikalien, technische Fette, Gummi und andere Materialien, sowie für 15 Millionen Dollar solche Maschinen und Werkzeuge notwendig, die in Österreich nicht erzeugt werden können. Für 5 Millionen Dollar braucht man im Jahre 1947 Medikamente und medizinische Behelfe, um ein Mindestmaß von Gesundheitspflege aufrecht zu erhalten.

Die österreichische Landwirtschaft kann in ihrem derzeitigen Zustand nur einen Teil dessen liefern, was sie vor dem Krieg erzeugt hat, und sie konnte auch vor dem Krieg nur drei Viertel des österreichischen Bedarfes decken. Der Viehbestand ist dezimiert. Der Boden wurde jahrelang ausgesogen. An Stelle von Kunstdünger mußte Munitionsladung erzeugt werden. Weite Strecken haben als Kampfplatz gedient und wurden dabei verwüstet. Die Fachleute der UNRRA haben berechnet, daß für mindestens 65 Millionen Dollar landwirtschaftliche Maschinen, Saatgut, Samen, Futtermittel, Kunstdünger, Zuchtvieh und Samen eingeführt werden müssen, um die landwirtschaftliche Produktion zu normalisieren.

Es ist also nach dieser Bilanz in diesem Jahre eine Einfuhr im Werte von 310 Millionen Dollar notwendig, um das Wirtschaftsleben in Österreich wieder in Gang zu bringen. In diesem Betrag sind noch nicht die Frachtkosten einberechnet, die auf 50 bis 70 Millionen Dollar geschätzt werden. Die Fachleute der UNRRA nehmen an, daß Österreich im Jahre 1947 für 100 Millionen Dollar Waren exportieren kann. Das ist eine sehr optimistische Schätzung, aber selbst wenn dies möglich wäre, bleibt noch ein Defizit von mehr als 260 Millionen Dollar. England hat zur Deckung dieses Defizits 8,5 Millionen Pfund, das sind 35 Millionen Dollar, geschenkt. Der Rest müßte durch Anleihen aufgebracht werden. Mit dieser Anleihe könnte aber nur die noch immer drohende Katastrophe abgewendet und das Wirtschaftsleben auf der gegenwärtigen Grundlage aufrechterhalten werden, also mit Hungerrationen, mit unbeschreiblicher Wohnungsnot und mit einer Sterblichkeit, die dreimal so hoch ist als vor dem Krieg.

Zu den wichtigsten Aktivposten der österreichischen Wirtschaft gehört vor allem die Wasserkraft. Für die allgemeine Versorgung sind bisher Kraftwerke vorhanden, die zusammen 3,2 Milliarden Kilowattstunden leisten können. Es wäre möglich gewesen, noch mehr Wasserkräfte in Österreich nutzbar zu machen. Dazu hätten Speicherwerke gebaut werden müssen, die viel Kapitalaufwand erfordern. Solche Großkraftwerke liefern erst nach 20 bis 30 Jahren Zinsenertrag. Das Privatkapital, repräsentiert durch die Banken, war darum nicht geneigt, diese Werke bauen zu lassen. Die klerikalen bürgerlichen Regierungen haben grundsätzlich darauf beharrt, daß alle Naturschätze der Privatinitiative überlassen bleiben sollen. Nun stehen fast alle Fabriken in Österreich aus Mangel an Triebkraft still. Nun frieren die Menschen in ihren Wohnungen, die nur an wenigen Stunden im Tag beleuchtet werden dürfen, obwohl viele Milliarden Kilowattstunden jährlich ungenutzt in die Flüsse rinnen. Von der zur Verfügung stehenden Elektrizität müssen nach den Befehlen der Alliierten 600 000 Kilowattstunden jährlich exportiert werden. Da der Staat keine Verfügungsgewalt über den erzeugten Strom hat, wird die Elektrizität unter dem Einfluß lokaler Aktiengesellschaften und Behörden ungleichmäßig verteilt. Wien und die Industriestädte im Osten leiden argen Mangel, aber die kleinen Länder im Westen sind verhältnismäßig gut versorgt. Die Verhältnisse in Österreich beweisen besonders kraß, daß Wasserkräfte im Besitz der Allgemeinheit sein müssen. Es ist ungerecht, daß dem Privatkapital die günstig gelegenen billigen Wasserkräfte verbleiben, während es dem Staat überlassen bleibt, die ungünstig gelegenen teuren Projekte auszuführen.

Das Holz pflegte man bisher unter den Naturreichtümern Österreichs an erster Stelle zu nennen. Es hat jedoch diese Bedeutung verloren. Im Jahre 1930 gab die Holzausfuhr noch einen Ertrag von 168 Millionen Schilling. Es gab jedoch keine verlässliche Kontrolle darüber, ob nicht schon damals mehr Holz geschlagen wurde als ohne Gefahr für den dauernden Bestand der Wälder geschlagen werden darf. Jedenfalls war dies in den Kriegsjahren der Fall. Die Deutschen haben ohne Rücksicht auf den Holzbestand die gut erreichbaren Wälder dezimieren lassen. Wenn Raubbau am Walde vermieden werden soll, wird man jetzt mit dem Holzschlag sehr vorsichtig sein müssen. Dazu kommt, daß der Bedarf an Holz im Inland seit Jahren aufgestaut wurde. Dieser Bedarf ist jetzt nicht sichtbar, weil die gesamte Produktion und die Bautätigkeit auf ein Minimum eingeschränkt sind. Wenn aber erst auch andere Baumaterialien vorhanden sind, und wenn die Fabriken wieder einigermaßen mit voller Kapazität arbeiten können, dann wird der Holzbedarf im Inland so enorm sein, daß für den Export nur wenig übrig bleibt. Selbst Schweden muß seinen Export jetzt zugunsten des Inlandbedarfes ein-

schränken. Aber Schweden hat bei annähernd gleicher Bevölkerungszahl einen Holznachwuchs, der auf 47 Millionen Kubikmeter jährlich geschätzt wird, während die Schätzung des Holznachwuchses in Österreich kaum über 7 Millionen Kubikmeter hinauszugehen wagt. Zu berücksichtigen ist noch, daß die Hälfte des Waldes in Österreich Bauernwald ist. Bauernwald jedoch gibt nur einen jährlichen Ertrag von 1 bis 2 Kubikmeter pro Hektar. Gut bewirtschafteter deutscher Staatswald hat jedoch einen Ertrag von 6 bis 7 Kubikmeter pro Hektar und Jahr ergeben. Das Holz kann jedenfalls auf längere Zeit hinaus für den Außenhandel kein so wichtiges Aktivum mehr bilden wie vor dem Krieg.

Andere Naturschätze, wie Eisen, Metalle und Magnesit, spielen im Außenhandel Österreichs nur eine untergeordnete Rolle. Die Ausfuhr von Magnesit hat im Jahre 1930 einen Erlös von 13 Millionen Schilling ergeben, und die Ausfuhr von Eisen und Metallen 31 Millionen Schilling, bei einem Einfuhrbedarf von zusammen 1800 Millionen Schilling.

Seit einigen Jahren besitzt Österreich in der Nähe von Wien auch Erdöl. Die ersten Bohrtürme wurden vor etwa 15 Jahren errichtet. Die Deutschen haben für ihren Kriegsbedarf den Ausbau der Bohrungen forciert. Der Ertrag soll auf eine Million Tonnen jährlich gesteigert worden sein. Einstweilen hat jedoch die russische Okkupationsmacht ihre schwere Hand auf die Ölquellen gelegt. Sie läßt nur einen Teil des Öles für den österreichischen Bedarf frei. Wie in Zukunft die Besitzrechte an diesen Ölquellen geregelt werden sollen, ist heute noch nicht abzusehen.

Zwei wichtige Umstände bestimmen den Wert der Naturschätze in Österreich: Das Eigentumsrecht und das Verfügungsrecht über den Exporterlös. In der Vorkriegszeit hat Österreich aus seinen Naturschätzen nur geringen Gewinn ziehen können. Sogar an den Wasserkraftwerken war ausländisches Kapital beteiligt. Von den großen Wäldern gehörte ein beträchtlicher Teil der Kirche, die ihren Sitz in Rom hat, und ausländischen Großgrundbesitzern. Die Magnesitwerke gehörten den Amerikanern, der Erzberg — den Reichsdeutschen. Die Gewinne dieser Unternehmungen wanderten auf verschiedenen Wegen ins Ausland. Aber auch die Einnahmen für die exportierten Waren wurden zum großen Teil der österreichischen Volkswirtschaft entzogen. Die großen Banken, die hinter der Industrie standen, zogen es vor, von ihren Valuten und anderen Werten so viel als möglich im Ausland zu belassen. Sie sahen, daß es im damaligen Österreich nur mit planwirtschaftlichen Maßnahmen unter Staatskontrolle und mit Staatseingriffen möglich gewesen wäre, die Produktion zu steigern. Die Industrie arbeitete nur mit einem Bruchteil ihrer Kapazität. Die Landwirtschaft arbeitete zum größten Teil mit veralteten Geräten und Methoden. Aber das Privatkapital

scheut und haßt die Staatskontrolle und die Planwirtschaft. Die wenigen, die über das Kapital Verfügungsgewalt hatten, spekulierten gegen den Staat und gegen die Währung. Sie brachten ihre Vermögen ins Ausland und ließen die Banken und damit die Industrie in Konkurs gehen. So kam es in Österreich zu dem großen Finanzkrach von 1929, im selben Jahr, in dem die große Weltkrise begann.

Auch heute sind in Österreich wieder Kräfte am Werk, die in der gleichen Richtung wirken. Es beginnt in kleinem Umfang wieder der für Österreich lebenswichtige Export. Aber ein sehr beträchtlicher Teil der Einkünfte aus diesem Export wird dem Einfluß des Staates entzogen. Dieser Teil wird im Ausland angelegt und kann nicht zur Bezahlung der so dringend notwendigen Einfuhr verwendet werden. Die Verstaatlichung der Wasserkräfte, der Ölquellen, der Bergwerke und anderer Grundlagen der Volkswirtschaft wird von der Christlich-Sozialen Partei verhindert. Die Alliierten haben in Österreich die Bildung nur einer einzigen bürgerlichen Partei unter dem Patronat der katholischen Kirche zugelassen und dieser Partei damit vorübergehend zur Mehrheit verholfen. Trotz allen schlechten Erfahrungen betreibt diese Partei wieder dieselbe Wirtschaftspolitik, die Österreich schon wiederholt ins Verderben geführt hat.

Bleibt noch der Aktivposten der Arbeitskraft, den jedes Land besitzt, der aber in Österreich noch auf Jahre hinaus sehr reduziert sein wird. Aber auch der Export von Fertigwaren, die aus eingeführten Rohstoffen erzeugt sind, setzt eine Ausnützung der vorhandenen industriellen Kapazität, also Vollbeschäftigung voraus. Auch für diese Form der Lohnarbeit ist es notwendig, daß der Erlös aus dem Export für die Bezahlung der Einfuhr verwendet werden kann, daß also jede Valutaspekulation verhindert und der Außenhandel vom Staat kontrolliert wird. Ganz abgesehen von den Problemen, die entstehen werden, wenn alle Länder exportieren wollen — Probleme, die nur international gelöst werden können —, ist es für Österreich eine Lebensfrage, die freie Betätigung des Privatkapitals, die das Land schon mehr als einmal ruiniert hat, diesmal von vornherein zu verhindern.

In den Diskussionen über den Friedensvertrag mit Österreich haben bisher die machtpolitischen Auseinandersetzungen der vielen Mächte, die über diesen Vertrag mitentscheiden wollen, eine größere Rolle gespielt als die Frage, wie dem österreichischen Volk Lebensmöglichkeiten gesichert werden können.

Der Staatsvertrag, der in Moskau mit Österreich geschlossen werden soll, wird nicht nur darüber entscheiden, ob und in welcher Form Österreich weiterleben soll. Der Zustand jedes Landes ist in unserer Zeit auch für alle anderen Länder, ganz besonders für alle Nachbarländer, von großer Bedeu-

tung. Eventuelle Fehler, die im Vertrag mit Österreich oder in den anderen Friedensverträgen gemacht werden, können und müssen zu schweren Folgen führen, nicht nur für das einzelne Land, sondern für ganz Europa, ja sogar für die ganze Welt,

In Österreich, aber auch überall in der Welt, wo man an der Gestaltung und Sicherung des Friedens Anteil nimmt, wird die Frage diskutiert, ob Österreich lebensfähig sei. Aber diese Frage ist falsch gestellt. Auch heute, da ein großer Teil der Betriebe Österreichs infolge Mangels an Brennstoff geschlossen ist und der Staat die Löhne der Arbeiter bis zu 60 Prozent und bei Verheirateten bis zu 80 Prozent mit frisch gedruckten Banknoten bezahlen muß, auch heute, da große Teile des österreichischen Volkes hungern und frieren, lebt Österreich. Der Begriff «lebensfähig» ist, auf einen Staat angewendet, sehr dehnbar. Alle die vielen Länder auf dem europäischen Kontinent werden leben, auch wenn man sie wieder zwingt, in enger, unrationeller Abgeschlossenheit zu leben. Die Frage ist nur, wie sie leben werden.

Auch bei aller Abneigung gegen Prophezeiungen kann mit Bestimmtheit vorausgesehen werden, daß faschistische und extremistische Strömungen, Revolutionen und Kriege unvermeidlich sind, wenn man Österreich oder irgend ein anderes Land zwingt, in Verhältnissen zu leben, die keine Weiterentwicklung, keine Angleichung an die Staaten und Völker mit höherem Lebensstandard ermöglichen. Die Schreckenszeit, die Europa seit dem Beginn der Naziherrschaft durchlebte, hat bewiesen, daß Menschen und Völker Zustände ertragen können, die man vorher für unerträglich gehalten hätte. Millionen Menschen haben Hunger und Kälte, Elend und Obdachlosigkeit, Angst und Peinigung ertragen müssen und ertragen dies alles heute noch, auch in Österreich. Aber all dies ist jedoch nur auszuhalten, solange die Menschen hoffen können, daß es wieder besser werden wird. Nimmt man einem Volk diese Hoffnung, dann verfällt es unvermeidlich in eine Mischung von Apathie und Desperation, von Selbstmordepidemie und Vertierung. Exaltierter Radikalismus, Korruption und Massenverbrechen sind die natürliche Folge eines Zustandes, der großen Teilen des Volkes die Hoffnung nimmt, eine Besserung der Verhältnisse erreichen und erleben zu können. Faschismus und Nazismus hatten zum großen Teil ihre Ursache darin, daß in der Zwischenkriegszeit viele Millionen Menschen auf dem europäischen Kontinent gezwungen waren, in einem Zustand der Aussichtslosigkeit und Hoffnungslosigkeit zu leben. Das war auch in Österreich der Fall, wo ein Heer von Arbeitslosen nicht nur in den Jahren der Krise, sondern auch in Zeiten der Konjunktur keine Möglichkeit hatte, den Lebensunterhalt zu verdienen.

Österreich hat auch in der Zwischenzeit gelebt, aber wie? Mit Hilfe von ausländischen Krediten, unter ausländischer Finanzkontrolle, ohne Aussicht, sich zur finanziellen Unabhängigkeit und zu einem höheren Lebensstandard heraufarbeiten zu können, mit einem ständigen Arbeitslosenheer, das, die Familienangehörigen mitgerechnet, bei einer Bevölkerungszahl von sechs Millionen im Durchschnitt eine Million Menschen zählte..

In den Diskussionen über die Frage, ob Österreich leben könne, wird die Schweiz oft als Vorbild erwähnt. Auch die Schweiz ist ein Alpenland. Aber die Schweiz exportiert Uhren, Stickereien und Maschinen und vieles andere, obwohl sie noch weniger Naturschätze besitzt als Österreich. Österreich besitzt Eisenerz, wenn auch nicht hochwertiges; sogar eine geringe Menge Kohle ist vorhanden und seit einigen Jahren auch Erdöl. Österreich hat wohl weniger Wasserkraft, aber mehr Holz als die Schweiz. Also, glauben oberflächliche Betrachter, müßte Österreich viel reicher sein als die Schweiz. Doch in Wirklichkeit ist es umgekehrt. Diese Tatsache sucht man aus den Eigenschaften des Volkes zu erklären. In zivilisatorischer Hinsicht können verschiedene Völker zweifellos auf verschiedenen Stufen der Entwicklung stehen. Das ist aber, wenn man die Dinge genauer betrachtet, im Vergleich Österreich-Schweiz durchaus nicht der Fall. Daß einige schweizerische Produkte besser bekannt geworden sind, kann bei diesem Vergleich nicht ausschlaggebend sein. Wenn man nach dieser Betrachtungsweise den Unterschied in den Verhältnissen Österreichs und der Schweiz erklären will, müßte man zu dem mystischen Glauben gelangen, daß es höherwertige und minderwertige Völker gibt, und das kann man wohl nicht wissenschaftliches Denken nennen. Bei dem Vergleich der Schweiz mit Österreich wird allgemein die Tatsache übersehen, daß der Schweiz die Teilnahme an zwei Weltkriegen erspart blieb, und daß die Schweiz seit dem ersten Weltkrieg der wichtigste Zufluchtsort für ausländisches Fluchtkapital war. Finanzhyänen und Kriegsgewinnler, Schieber und Valutenspekulanten, Großbetrüger und Bankrotteure aus ganz Europa haben ihr Kapital in der Schweiz und in Liechtenstein angelegt. Sie spekulierten auf Inflation und brachten ihre Realwerte und Valuten in die Schweiz. Sie exportierten die Arbeitsprodukte ihres Landes gegen Goldvaluta und ließen diese Valuta in der Schweiz anlegen. Der Zustrom von Fluchtkapital in die Schweiz war zeitweilig so groß, daß die Banken nicht einmal ein Viertelpunkt Rente für diese Kapitalien bezahlen wollten, ja daß sie im Gegenteil sich Provision für die Entgegnahme solcher Kapitalien bezahlen ließen.

Wenn auch die Schweizer Banken für das Fluchtkapital, das ihnen zuströmte, keine Zinsen bezahlen wollten, so ließen sie es doch arbeiten. Sie gründeten Holdinggesellschaften und Trusts, die in vielen Ländern Unter-

nehmungen und Beteiligungen hatten. Es dürfte wohl kein anderes Land geben, dessen Industrie so international vertrustet ist wie die der Schweiz. Besonders die chemische und die Elektroindustrie besitzt Tochtergesellschaften und Beteiligungen in vielen Ländern.

Anstelle des geflüchteten Kapitals mußte Österreich gegen hohe Zinsen Anleihen vom Ausland erbitten. Diese Tatsachen werden auch von Nationalökonomen gerne übersehen, weil durch sie kapitalistische Wirtschaftsmethoden allzudeutlich ins rechte Licht gerückt werden.

Österreich wird, wenn erst dieser furchtbare Winter überstanden ist, wieder arbeiten und exportieren können. Aber das allein sichert dem Lande noch keine Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Entscheidend ist, für wen Österreich arbeiten wird und wo der Ertrag seines Exportes bleibt. Man darf nicht vergessen, daß Österreich fast in der ganzen Zwischenkriegszeit von den reaktionären Christlich-Sozialen regiert wurde, die auch jetzt wieder die Majorität der Regierung bilden und die entscheidendsten Ämter besetzt halten. Diese Christlich-Sozialen haben immer für die «freie Unternehmerinitiative» gearbeitet, und sie sabotieren auch jetzt alle Beschlüsse und Forderungen, die eine planmäßige Verwaltung und Bearbeitung der Naturschätze im Interesse der Allgemeinheit herbeiführen wollen. Dazu kommt, daß auch bei einzelnen Okkupationsmächten der Wille, möglichst viel aus dem Lande herauszuholen, viel größer ist als der Wille, ein aufbaufähiges und entwicklungsähiges Österreich schaffen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Vertreter Amerikas Maßnahmen fördern wollen, die gegen kapitalistische Interessen gerichtet sind. Die französische Okkupation hat bisher nur das Interesse gezeigt, so schnell als möglich und so viel als möglich Beute aus Österreich herauszuholen, obwohl Frankreich nicht einmal an der Befreiung Österreichs beteiligt war und seine Okkupationstruppen erst nachträglich in ein Gebiet geschickt hat, das sich zum großen Teil selbst befreit hatte. Rußland hat aus den Mißgriffen der kapitalistischen Länder gelernt; es hat nicht die Absicht, noch mehr Betriebe abzumontieren, um sie nach Rußland zu bringen. Es will sich damit begnügen, viele große und wichtige Betriebe, vor allem die Ölquellen, als russisches Eigentum zu erklären, also den Arbeitsertrag nach Rußland abzuführen. Derzeit zeigt nur England Verständnis dafür, daß die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs eine ökonomische Grundlage erhalten muß.

Wenn die Verträge von Moskau nur den ökonomischen Zustand der Vorkriegszeit herbeiführen oder ihn gar noch verschlechtern wollen, dann bleibt die Gefahr bestehen, daß neue faschistische Strömungen in Europa ekommen. Der Faschismus Europas in den Zwischenkriegsjahren war die Folge bestimmter ökonomischer Verhältnisse. Selbst wenn es möglich wäre,

alle Faschisten und Nazi in Europa auszurotten, muß man mit neuen faschistischen Bewegungen rechnen, wenn der ökonomische Zustand erneuert wird, der den Nährboden für diese Bewegungen gebildet hat. Dieser Nährboden ist geschaffen worden von der freien Unternehmerinitiative mit ihren Valutaspekulationen und Krisen, mit Massenarbeitslosigkeit und mit bewaffneten Verbrecherbanden, die Millionen erhielten, um die sozialistische Arbeiterbewegung zu vernichten, von der sich die freie Unternehmerinitiative bedroht fühlte. Wenn die Verhandlungen in Moskau nicht von dieser Erfahrung geleitet werden, dann ist von den Verträgen, die dort ausgearbeitet werden sollen, nicht viel zu erhoffen, selbst wenn diese Verträge die schönsten Worte über Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie enthalten; sie werden Europa vor einer dunklen und schrecklichen Zukunft nicht bewahren können.

HENRI PESLIER

Die Krise der sozialistischen Bewegung in Italien

Vorbemerkung

Es gibt in Italien drei große Parteien: die Christlichen Demokraten mit 207 Sitzen in der Verfassunggebenden Versammlung (Costituente); die Sozialisten mit 115, die Kommunisten mit 107 Sitzen. Rechts von diesen Parteien stehen die Monarchisten mit 16 Sitzen, die «Demokratische Union» mit 41 Sitzen und der «Uomo Qualunque» (eine beinahe faschistische Partei) mit 32 Sitzen. Andere Gruppen haben insgesamt 32 Sitze. Die Wahlen vom 2. Juni 1946 waren die ersten freien Wahlen, die Italien nach einundzwanzig Jahren Faschismus gekannt hat. De Gasperi leitet gegenwärtig sein drittes Ministerium (er war bereits zum Zeitpunkt der Wahlen Ministerpräsident als Nachfolger Ferruccio Parris, des Führers der sozialistisch-liberalen Aktionspartei); die neue Sozialistische Partei Giuseppe Saragats, auf deren Sukkurs de Gasperi gerechnet hatte, als er nach seiner Rückkehr aus Amerika das Ministerium umbildete und von den Kommunisten unabhängiger gestalten wollte, hat sich an der Regierung nicht beteiligt. Ebenfalls in Opposition stehen alle Gruppen rechts von den Christlichen Demokraten.

Im Frühjahr 1946 wurden in fast allen Gemeinden Italiens Gemeindewahlen abgehalten. Die Kommunisten und Sozialisten waren gemeinsam erfolgreich in 1976 Gemeinden (kommunistisch-sozialistische Listen); die Sozialisten allein in 140, die Kommunisten allein gleichfalls in 140 Gemeinden, die Christlichen Demokraten in 1907 Gemeinden. Die übrigen 1433 Gemeinden stimmten für andere Gruppen.